mentun. Von deutschen Konkurrenten erntet er dafür Kritik. Ein Autochef schimpft: „Damit hat Hahn den Japanern Tür und Tor geöffnet."

Hahn kann darauf verweisen, daß die Fernost-Giganten längst da sind. Nissan hat im vergangenen Jahr in seinem britischen Werk 55 000 Mittelklassewagen gebaut und will die Produktion bis 1992 auf 200 000 Autos im Jahr steigern.

Wenn Mitsubishi und Toyota bislang noch keine Pkw-Produktionsstätte aufgebaut haben, dann nur wegen der Unsicherheit darüber, welche Einfuhrschranken der Gemeinsame Markt nach 1992 haben wird. Sobald das festgelegt ist, werden Toyota & Co. entscheiden, ob sie eigene Pkw-Werke errichten oder lieber Gemeinschaftsproduktionen mit Europäern aufziehen.

Welche Lösung sie auch wählen: Der Wettkampf um den europäischen Automarkt geht dann erst richtig los. Und daß den nicht alle Firmen überleben, dürfte feststehen. Ein für Europa zuständiger General-Motors-Manager prophezeit: „Mindestens einer wird dann noch von der Stange fallen."

GEWERKSCHAFTEN

Weit vorgewagt

Hermann Rappe von der IG Chemie hat's geschafft: Der Streit um die Sonntagsarbeit geht nun erst einmal in der Gewerkschaft weiter.

Über Silvester wollte Herrmann Rappe, wie jedes Jahr, an die Ostsee fahren. Doch statt mit Frau und Hund am Strand spazierenzugehen, mußte der Vorsitzende der zweitgrößten Industriegewerkschaft Überstunden machen.

An den verpatzten Ferien ist der Vorsitzende der Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik selbst schuld. Zum Erstaunen seiner Kollegen hatte der streitbare Gewerkschafter, der für die SPD im Bundestag sitzt, zwischen den Feiertagen das heikle Thema Sonntagsarbeit abermals zum Streitfall gemacht.

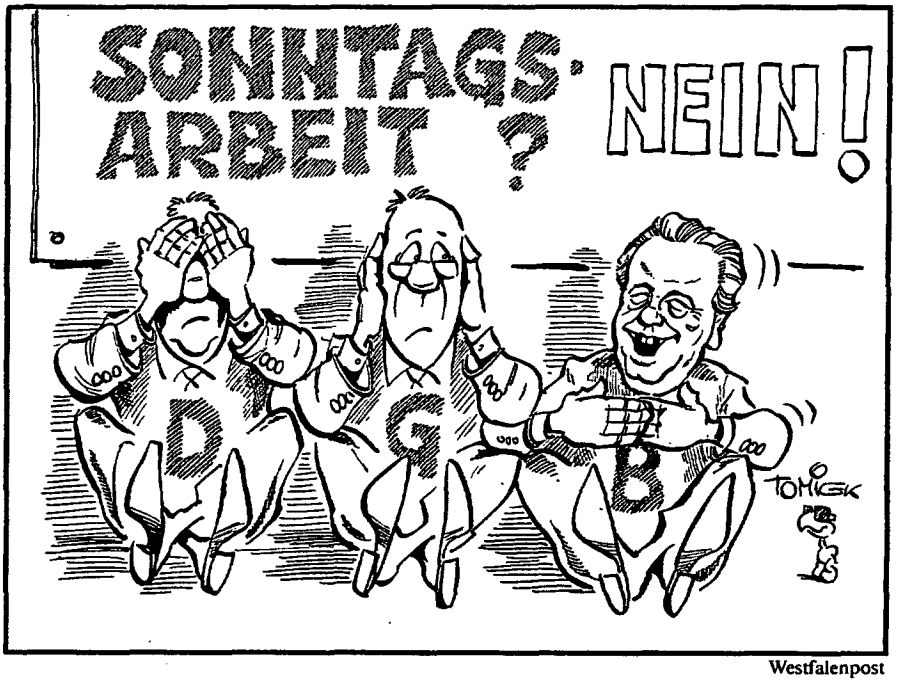
„In Einzelfällen", so hatte Rappe in einem Zeitungsinterview erklärt, müßte die IG Chemie auch über Sonntagsarbeit „aus wirtschaftlichen Gründen" verhandeln. Bislang läßt die Gewerbeordnung Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit nur aus technischen Gründen zu.

Mit ähnlichen Äußerungen hatte schon der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine die Gewerkschaften auf dem SPD-Parteitag in Münster gereizt und verärgert. Kürzere Arbeitszeit und neue Stellen, so Lafontaine, ließen sich künftig nur noch durch längere Maschinenlaufzeiten und mehr Samstags- und Sonntagsarbeit erkaufen.

Nur mit Mühe konnten wortstarke DGB-Funktionäre, wie IG-Metall-Chef Franz Steinkühler, die gefährliche Diskussion abblocken. Nun riß Rappe, während der Spitzenmetaller im bayrischen Schliersee Ski fuhr, die alten Wunden wieder auf.

Mit seinem Vorschlag, so Rappe, wolle er doch nur verhindern, daß Arbeitsplätze in EG-Länder wie Belgien oder Spanien abwanderten, wo Wochenendarbeit leichter möglich sei. Zudem ließen sich technische und wirtschaftliche Gründe in modernen Unternehmen ohnehin nicht mehr trennen.

Die unbefangene Art, in der ein Gewerkschaftsvorsitzender technische und wirtschaftliche Argumente in einer Frage benutzt, die nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein zu beantworten ist, mußte Widerspruch erregen. Selbst Politiker aus einem anderen Lager wie der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Ulf Fink oder Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth distanzierten sich von Rappe.



Westfalenpost

„Warum eigentlich nicht?!"

Noch ablehnender reagierten die Kollegen im DGB. Rappe, so der IG-Metall-Vorständler Klaus Zwickel, versuche, „einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben". Deutlicher wurde Detlef Hensche von der IG Druck: „Wer heute bereit ist, den Sonntag preiszugeben, wird garantiert morgen in den Löhnen und übermorgen beim Urlaub nachgeben."

Der Ärger unter Rappes Kollegen ist verständlich. Dessen neue Beweglichkeit trifft die Spitzenfunktionäre zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

So verhandelt die IG Druck gegenwärtig über einen neuen Manteltarifvertrag, mit dem sie die Arbeit an Sonn- und Feiertagen weiter einschränken möchte. Die IG Metall will im nächsten Jahr die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchsetzen. Durch Rappes Vorstoß, klagt Metall-Funktionär Zwickel, würden er und seine Kollegen nun „in sinnlose und kräftezehrende Abwehrkämpfe verstrickt".

Den vorlauten IG-Chemie-Chef („Ich lasse mir das Denken nicht verbieten") stören die Schwierigkeiten seiner Kollegen wenig. Er hat gute Gründe für seinen Vorstoß.

Gerade in der Chemieindustrie häufen sich in den letzten Monaten Anträge großer Glas- und Reifenhersteller auf Sondergenehmigungen für Wochenendarbeit. Die Firma Thyssen-Polymer, eine Tochter des Thyssen-Konzerns, in Bogen im Bayerischen Wald will vom 9. Januar an ihre Maschinen rund um die Uhr laufen lassen. Andernfalls, drohte der Hersteller von Kunststoffrohren, werde er künftig woanders investieren.

Die IG Chemie stimmte der Samstags- und Sonntagsarbeit zu. Als Gegenleistung ertrotzte sie von der Geschäftsführung monatlich 350 Mark mehr Lohn für alle Wochenendarbeiter und 26 neue Stellen.

„Ich kann solche schweren Entscheidungen doch nicht dem Betriebsrat überlassen", meint Rappe. Damit spielt er auf ähnliche Fälle bei der IG Metall an, wo Betriebsräte, wie bei BMW in Regensburg oder bei Opel in Bochum, hinter dem Rücken der Zentrale Verträge über Wochenendarbeit abschlossen.

Ähnliches allerdings schiene bei der IG Chemie ohnehin kaum möglich. Die Führung der IG Metall ist eher in Gefahr, in ihrer kämpferischen Haltung ein wenig voranzupreschen, so daß die Kollegen vor Ort dann wieder den Anschluß zur betrieblichen Wirklichkeit herstellen müssen. Die IG Chemie dagegen ver-

steht sich weniger als Gegenspieler, sondern vielmehr als Partner der Unternehmen.

Ihren letzten großen Streik führte Rappes Gewerkschaft 1971. Der Arbeitskampf scheiterte kläglich, weil die Betriebsräte der Großunternehmen nicht mitzogen.

Erst kürzlich verteidigte der IG-Chemie-Chef die Pharmaindustrie gegen allzu starke Einschnitte bei der Gesundheitsreform der Regierung. Als der DGB vergangenen Herbst eine Stellungnahme zur Verschärfung des Umweltschutzes abgeben sollte, verhinderte Rappe, zusammen mit seinen Kollegen von der IG Bergbau und Energie, allzu weitgehende Beschlüsse.

„Wir müssen darauf achten", sagt Rappe, „daß wir uns mit unseren Umweltschutzauflagen nicht zu weit von denen anderer Länder entfernen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie beeinträchtigen." Solche Einsichten hören die Arbeitgeber gern.

„Schmusekurs" nennen die Kollegen der IG Metall dagegen Rappes Taktik. Und der, so Rappes Kritiker, führe nur dazu, daß die Anpassung immer weiter gehe: Ähnlich wie beim Umweltschutz oder in Tarifverhandlungen würden die Arbeitgeber nun auch beim Thema Sonntagsarbeit Zugeständnisse von den Gewerkschaften erwarten.

Rappe hat sich darum bislang wenig gesorgt, weil die Mitglieder seine Politik stets vorbehaltlos unterstützten. Nach sieben fetten Jahren in der Chemieindustrie, die auch den Beschäftigten Spitzenlöhne garantierten, ist die Basis, so scheint es, satt und träge geworden. Rappe hat seine Organisation im Griff.

Der ehemalige Angestellte einer Konsumgenossenschaft kennt die IG Chemie wie kein anderer. Bereits 1947 trat er in die Gewerkschaft ein und arbeitete sich bald zum Jugendsekretär hoch.

Später, 1964, wechselte der gelernte Kaufmann zum Hauptvorstand nach Hannover, wo er sich vor allem für mehr Rechte der Vertrauensleute in den Betrieben einsetzte. Als Ende der siebziger Jahre eine Gruppe Oppositioneller um den ehemaligen Leiter der Verwaltungsstelle Hannoversch Münden, Ferdinand Patschkowski, gegen den IG-Chemie-Chef Karl Hauenschild aufstand, schlug Rappe die Revolte nieder. Ende 1982 wählten die Delegierten ihn dankbar zum Nachfolger Hauenschilds.

Seither verfolgt Rappe, der in seinem bürgerlichen Auftreten kaum dem Typus des klassischen Arbeiterführers entspricht, Kritiker in den eigenen Reihen mit unerbittlicher Härte (SPIEGEL 32/1988). Selbst Praktikanten für die Bezirke werden, anders als bei der IG Metall, vom Hauptvorstand in Hannover ausgewählt, damit auch ja die rechte Gesinnung vorherrscht.

Brauchen die Verwaltungsstellen Geld für Anschaffungen oder Aktionen, haben sie es bei der Zentrale jeweils einzeln zu beantragen. „Die müssen regelrecht betteln gehen", empört sich ein hoher IG-Metall-Funktionär. In der IG Chemie, mokierte sich Oskar Lafontaine, gehe es zu „wie auf dem Kasernenhof".



IG-Chemie-Chef Rappe
Die Truppe beginnt zu murren

Mit seinem jüngsten Vorstoß zur Sonntagsarbeit, so scheint es, hat Rappe nun erstmals überzogen; die treue Truppe beginnt zu murren. Chemiearbeiter, zum Beispiel bei den Papierwerken Waldhof-Aschaffenburg, schimpfen auf den Vorsitzenden: Vor allem Familienväter möchten das mühsam erkämpfte freie Wochenende nicht missen.

Als die IG Chemie kürzlich in ihrer Mitgliederzeitschrift „gp Magazin" eine Umfrage unter Schichtarbeitern zur Samstags- und Sonntagsarbeit startete, überwogen die kritischen Stimmen. „Das Wochenende ist futsch", klagte ein IG-Chemie-Vertrauensmann bei den Rheinischen Olefinwerken in Wesseling bei Köln, wo auch samstags bis 22 Uhr gearbeitet wird. „Da nutzen auch Freischichten während der Woche nichts."

Daß Rappe sich überhaupt so weit vorgewagt hat, ist aus seiner Sicht nur konsequent. Er ist ein politischer Kopf, er geht einem Streit – wenn er denn schon Partei ergreift – nur ungern aus dem Weg. Und er beruft sich gern auf den gesunden Menschenverstand. Der scheint ihm in mancher ideologischen Auseinandersetzung zu kurz zu kommen.

So sieht Rappe beim Thema Sonntagsarbeit auch die Chance, über die Partei-Grenzen hinweg ins Gespräch zu kommen. Er kann sich in Bonn sogar eine große Koalition vorstellen, die wichtige Fragen wie diese oder das Kapitel Rentenreform zu Ende denkt und beantwortet.

Da trifft sich Rappe dann mit anderen Genossen. Der Vorschlag zur Sonntagsarbeit, lobte der saarländische Ministerpräsident Lafontaine seinen Parteifreund, sei ein „fruchtbares Zeichen".

KERNKRAFTWERKE

Alles schiefgelaufen

Der Staat zahlt, bis zum vorzeitigen, bitteren Ende – wie beim Schnellen Brüter so nun auch beim Hochtemperatur-Reaktor.

In einem süddeutschen Kloster hat Forschungsminister Heinz Riesenhuber während der Festtage über ein schwieriges Problem meditiert. Seit Montag dieser Woche sitzt der Mann mit der Fliege nun wieder an seinem Bonner Schreibtisch. Er ist nicht klüger als zuvor.

Der Minister muß versuchen, den Hochtemperatur-Reaktor (HTR) in Hamm-Uentrop, den noch in der sozialliberalen Bonner Ära geplanten Renommier-Meiler der deutschen Industrie, in letzter Minute vor dem Aus zu bewahren. Doch wenn ihm das gelänge, wäre Riesenhuber auch nicht geholfen. Denn Geld für den Weiterbetrieb hat er nicht.

Andererseits: Das Ende des HTR wäre auch keine Lösung. Würde der Reaktor verschrottet, dann müßte der Staat der verlorenen Investition von über vier Milliarden Mark noch einmal 800 Millionen Mark nachwerfen. Die Industrie hat, so schön können Verträge sein, nahezu kein Risiko übernommen. Alles bleibt am Steuerzahler hängen.

Die beteiligten Industrie-Unternehmen sorgten dafür, daß der Bau des HTR 300, wie schon der des Schnellen Brüters, überwiegend aus öffentlichen Mitteln bezahlt wurde. Und auch die Risiken des Betriebs haben die Stromversorgungsunternehmen (EVU) auf den Staat verlagert.

Die Firmen Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), Elektromark, Gemeinschaftskraftwerk Weser (GKW)



Kernkraftförderer Riesenhuber
Aus für den Renommier-Reaktor?